

Gesundheit



Kostenreduktion dank Wettbewerb

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens lässt Begehrlichkeiten und Prämien laufend steigen. Um dieser Entwicklung Einhalt gebieten zu können, sind Fehlanreize im heutigen System zu beseitigen. Die Eigenverantwortung ist zu stärken. Die Bevormundung des Bürgers unter dem Vorwand der Gesundheitsförderung ist zu stoppen. Dem ausufernden Treiben des Bundesamts für Gesundheit (BAG) sind Grenzen zu setzen.



Dario Turconi
Apotheker

“ Unsere Notfallstationen sind überfüllt mit Ausländern, die ab dem ersten Tag ihrer Ankunft voll versichert sind. Dies führt zu überlasteten Spitälern und treibt die Gesundheitskosten in die Höhe. Die Zeche bezahlt der Mittelstand durch explodierende Krankenkassenprämien. ”

Grenzenloser Leistungskatalog

Im Krankenversicherungswesen geht es heute nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die Behörden festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Im wachsenden Angebot und der steigenden Nachfrage ist es schwierig geworden, nein zu sagen. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Diese ausufernde Abdeckung jedes Krankheitsrisikos und jedes individuellen Bedürfnisses führt seitens der Bevölkerung zu einer Vollkasko mentalität, bei der jegliche Eigenverantwortung verloren geht.



Teurer Präventionswahn

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Alleine das BAG kostete während der Corona-Pandemie über 5 Milliarden jährlich und wird auch 2023 noch über 3.5 Milliarden kosten (ca. +400 Millionen verglichen mit 2019). Das Budget dieses Bundesamtes steigt seit Jahren um ca. 100 Millionen jährlich. Dieser Trend zeichnet sich auch in den Kostenvoranschlägen ab 2024 wieder ab. Begründet wird dieses massive Ausgabenwachstum unter anderem mit den immer zahlreicheren Regulierungen, deren Einhaltung zu kontrollieren sei – Regulierungen übrigens, die just vom BAG selber eingeführt worden sind. Die Gesundheitsfunktionäre des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben verhelfen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Präventionswahns. Immer mehr Geld fliesst in zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Eigenverantwortung plus Wettbewerb

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, und ein medizinischer Fortschritt, der immer mehr Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, sind Faktoren, die zu einem immer grösseren Konsum an medizinischen Leistungen führen. Verbunden mit einem Versicherungsobligatorium ist klar, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch in Zukunft hoch bleiben



wird. Ein weiterer Ausbau des Staates in diesem Bereich würde die Kostenentwicklung nicht bremsen, sondern die Situation verschlimmern. Die staatlichen Interventionen der letzten Jahre waren Symptombekämpfungen, welche den Versicherten keinen Anreiz für Einsparungen gegeben, sondern die bisherige Praxis bestärkt haben. Mehr Wettbewerb zwischen

allen Akteuren und ein Abbau der Regulierungsdichte, ohne die Gesundheit der Bevölkerung zu gefährden, sind zwingend nötig. Die SVP fordert, dass die Versicherten Eigenverantwortung übernehmen, ihren Kostenanteil erhöhen und einer übertriebenen Anspruchshaltung entgegenwirken. Die SVP befürwortet daher die Schaffung eines auf die wesentlichen gesundheitlichen Bedürfnisse beschränkten Grundleistungskataloges im Obligatorium, der um frei wählbare, aber durch Zusatzversicherungen finanzierte Leistungen ergänzt werden kann. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene müssen ausserhalb des KVG-Systems und direkt auf Kosten des Bundes bzw. der Kantone behandelt werden.

Fehlanreize beseitigen

Die SVP kämpft gegen die weitere Zentralisierung und Verstaatlichung im Gesundheitswesen. Weitere Staatseingriffe, neue Gesetze, Kontrollorgane und zentrale Kompetenzen beim Bund müssen verhindert werden, da sie bereits heute den Wettbewerb behindern, Fehlanreize schaffen und zu keiner Kostenreduktion führen. Durch immer mehr Prämienverbilligungen wird das Ansteigen der Krankenkassenprämien kurzfristig etwas abgefedert. Dies führt aber zu einem Teufelskreis, in dem der Bund bei jedem Prämienanstieg immer mehr Geld für Prämienverbilligungen ausgeben muss, anstatt das Problem endlich bei der Wurzel zu packen und richtige Anreize zur Verbilligung zu schaffen. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel beim BAG in die gesundheitspolitischen Kompetenzen der Kanto-



ne eingreifen. Dies darf nicht sein. Die Rolle der Kantone ist gleichzeitig neu zu definieren und auf wesentliche Aufgaben der Aufsicht und Kontrolle zu beschränken. Die SVP plädiert daher für eine klare Rollenteilung und Reduktion der Interessenskonflikte. In diesem Sinne sollen die Spitäler verselbstständigt, die tarifrechtlichen Fragen von den Tarifpartnern verhandelt und allenfalls von einer unabhängigen richterlichen Instanz bewilligt werden.

Akademisierung der Pflegeberufe stoppen

Der heutige Mangel an Pflegepersonal ist auch die Folge von Fehlentscheidungen im Bildungsbereich. Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie mit einer Akademisierung der Pflegeberufe höhere Qualität und Quantität erreicht werden sollen. Ein akademischer Titel belegt eine theoretisch ausgerichtete Ausbildung, sagt aber nichts über die Qualität zugunsten der Patienten aus. Ebenso ist der Papierkram im Pflegebereich zugunsten von Zeit und Zuwendung beim Patienten abzubauen. Es braucht eine Stärkung der verschiedenen praxisorientierten Pflegeausbildungsberufe. Zudem ist die Ausbildung des einheimischen Ärztenachwuchses dringend zu fördern.

Standpunkte

Die SVP ...

- steht für ein freiheitliches Gesundheitswesen, das eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung garantiert;
- fordert mehr Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten zu stärken;
- fordert die konsequente Vermeidung von überflüssigen Leistungen, um das Prämienwachstum zu bremsen;
- setzt sich für die Vertragsfreiheit zwischen Krankenversicherungen und Leistungserbringern ein;
- fordert die Senkung von Medikamentenpreisen durch mehr Generika;
- setzt sich dafür ein, dass bei Inanspruchnahme einer Notfallkonsultation für jeden neuen Behandlungsfall ein Selbstkostenanteil in bar erhoben wird;
- verlangt, dass «Sans-Papiers» und abgewiesene Asylbewerber nicht der obligatorischen Krankenversicherung, inkl. Prämienverbilligung, unterstellt sind, sondern nur im Notfall versorgt werden;
- fordert die Anpassung der frei wählbaren Franchisen und des Selbstbehalts in der KVG-Grundversicherung zur Stärkung der Eigenverantwortung;
- fordert die Prüfung neuer Angebotsmodelle, welche die Wahlfreiheit garantieren, die Eigenverantwortung des Versicherten belohnen und insgesamt die Kosten senken;
- lehnt eine zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens ab;
- wehrt sich gegen fragwürdige und teure Behördenkampagnen unter dem Deckmantel der Prävention;
- lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab;
- bekämpft den Pflegenotstand, indem sie sich dafür einsetzt, dass in der Langzeitpflege verstärkt Nachbarschaftshilfe, Verwandtenunterstützung, Freiwilligenarbeit und innovative Pflegeformen einbezogen und mit steuerlichen Anreizen gefördert werden;
- bekämpft die Bürokratie im Gesundheitsbereich, damit wieder mehr Zeit den Patienten gewidmet werden kann;
- befürwortet grundsätzlich ambulant vor stationär;
- fordert, dass die Krankenkassenprämien der Grundversicherung vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden können;
- fordert eine bedarfsgerechte Anzahl Plätze auf den Intensivstationen;
- unterstützt das Ziel, dass die Ausgaben im Gesundheitswesen nicht stärker anwachsen als ein spezifischer Referenzwert der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Patient eine qualitativ hochstehende Betreuung;
- ✓ als Versichertem bezahlbarere Krankenkassenprämien;
- ✓ als Bewohner auf dem Land eine lokale Gesundheitsversorgung in der Umgebung;
- ✓ als Arzt die freie Ausübung meines Berufes ohne zunehmende staatliche Bevormundung.